

Presseinformation

19. Juni 2008

Gespräch LH Pröll - LR Heinisch-Hosek:

Mehr Sozialarbeiter und neue Krisenzentren in NÖ

Das Land Niederösterreich reagiert auf den starken Anstieg an Kriseninterventionen in der Jugendwohlfahrt. Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll hat Landesrätin Gabriele Heinisch-Hosek in einem Gespräch zusätzliches Personal zugesagt.

1. Die Anzahl der Sozialarbeiter in der Jugendwohlfahrt wird um insgesamt 12 MitarbeiterInnen aufgestockt, davon 7 direkt in den Jugendabteilungen in den Bezirkshauptmannschaften und weitere 5, die ab sofort bei akuten Situationen als Krisenteam die MitarbeiterInnen vor Ort unterstützen sollen. Insgesamt stehen dann in unseren Jugendabteilungen 166 SozialarbeiterInnen zur Verfügung.

2. Zu zwei bestehenden Krisenzentren in Amstetten und Wiener Neustadt werden drei weitere Krisenzentren eingerichtet. Ab Herbst 2008 gehen die Krisenzentren in Hollabrunn und Hinterbrühl in Betrieb, Anfang 2009 folgt das dritte im Raum St. Pölten. 2010 ist noch ein sechstes Zentrum im Waldviertel geplant. In diesen Zentren werden weitere 24 zusätzliche Fachleute vor Ort zur Verfügung stehen.

„Dadurch erreichen wir zwei Ziele: zum einen ein optimales Angebot für Kinder und Jugendliche, die unsere Hilfe brauchen, und zum anderen können wir damit unsere engagierten MitarbeiterInnen vor Ort in ihrer anspruchsvollen Aufgabe entlasten und ihnen auch mehr Sicherheit geben“, so Pröll.

Landesrätin Heinisch-Hosek sagt nach dem Gespräch mit dem Landeshauptmann: „Dank der raschen Zusage von Landeshauptmann Pröll können wir mit dieser zusätzlichen Unterstützung unser Netzwerk in der Jugendwohlfahrt noch enger knüpfen und den betroffenen Kindern und Jugendlichen noch rascher und effizienter helfen. Sorge machen uns vor allem neue Formen von Auffälligkeiten, denen wir durch die Etablierung von Krisenzentren in den Regionen begegnen wollen. Dafür stellt das Land Niederösterreich zusätzlich etwa 2 Millionen Euro zur Verfügung.“

„Allein 2007 mussten die MitarbeiterInnen in der Jugendwohlfahrt in 22.700 Fällen



Presseinformation

Gefährdungsabklärungen durchführen. Die Gewalt an Kindern und Jugendlichen nimmt zu und auch die Heime werden immer stärker in Anspruch genommen.